

Thesen zur alten und neuen Schuld der Deutschen

auf dem Hintergrund des Ukraine-Krieges
und des von der Politik verursachten neuen
Antisemitismus

von

Tristan Abromeit

Text 174

www.tristan-abromeit.de

Anhang 4

Texte 174.4

Initiative gegen Krieg sucht Mitstreitende

Einladung von Hubert Brieden und Gerhard Biederbeck

Bericht der Regionalbeilage Neustadt der HAZ, 13. Mai 2022

Bericht der Neustädter Zeitung 14. Mai 2022

Doppelseitiges Flugblatt aus dem Jahr 2014 / 2015

gegen Krieg mit Russland

Betreff: Gründung der Neustädter Initiative gegen Krieg und Aufrüstung

Lieber Tristan

- 07. 05. 2022 weitergeleitet -

LG Thomas

Einladung zum Pressegespräch am Mittwoch, den 11. Mai 2022, 10 Uhr, Neustadt, Liebfrauen-Gemeindehaus, An der Liebfrauenkirche 5-6

Sehr geehrte Damen und Herren,

durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die massiven Waffenlieferungen der NATO-Staaten an die Ukraine wächst die Gefahr einer Eskalation von Tag zu Tag. Inzwischen kann sogar ein dritter, diesmal nuklearer Weltkrieg nicht mehr ausgeschlossen werden. Deutschland ist durch die Lieferung von schweren Waffen und die Ausbildung des zugehörigen Personals inzwischen Konfliktpartei geworden. Das heißt: Deutschland stünde im Falle einer weiteren Eskalation im Zentrum nuklearer Angriffe. Der für Rüstungstransporte strategische NATO- und Bundeswehr-Fliegerhorst Wunstorf, von dem im Konfliktfall auch Kampfflugzeuge starten werden, wäre sicherlich eines der ersten Ziele.

Die deutsche Diplomatie ist gescheitert. Die Bundesregierung trägt nichts dazu bei, den Konflikt einzudämmen. Gleichzeitig eskaliert sie den Wirtschaftskrieg gegen Russland mit gravierenden Konsequenzen für die soziale Situation vieler Menschen hierzulande. Grundnahrungsmittel werden knapp, Heizung und Strom können nicht mehr bezahlt werden. Die Bevölkerung soll - wie im Ersten und Zweiten Weltkrieg - den Preis für einen geostrategischen Krieg zwischen den Großmächten zahlen. Weltweit führt diese Politik zur Zunahme des Hungers und beschleunigt

Umweltzerstörung und Klimawandel.

Es ist an der Zeit, gegen diese katastrophale Entwicklung etwas zu unternehmen. In Neustadt tun wir dies durch die Gründung der Initiative gegen Krieg und Aufrüstung.

Über unsere Planungen würden wir Sie gern durch ein erstes Pressegespräch informieren.

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Biederbeck (Friedensarbeiter) Tel.: 05032-66507 /Mail:

ger.bie@t-online.de

Hubert Brieden (Arbeitskreis Regionalgeschichte) Tel.: 05032-61705 /

Mail: ak.reg@t-online.de

Initiative gegen Krieg sucht Mitstreitende

Pazifisten wollen Gegengewicht zu Militarisierung und reden vom Wirtschaftskrieg gegen Russland

Von Kathrin Götze

Neustadt. Sie sehen die Welt an der Schwelle zum Krieg und Deutschland als Partei darin: Mit einem deutlichen Bekenntnis zum Pazifismus, gegen Aufrüstung und Waffenlieferungen an die Ukraine wollen die beiden Neustädter Gerhard Biederbeck und Hubert Brieden am liebsten eine neue Friedensbewegung in Gang bringen. Mit ihrer radikalen Analyse haben sie einen möglichen Unterstützer allerdings schon vor der Gründung verprellt: Pastor Christoph Bruns hat sie gebeten, ein Pressegespräch zum Thema nicht wie erst vereinbart in den Räumen der Liebfrauen-Gemeinde abzuhalten. „Ich konnte mich mit dem Duktus der Ankündigung nicht anfreunden“, sagt Bruns dazu.

„Deutschland ist Konfliktpartei“

Sie ist scharf formuliert: „Durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die massiven Waffenlieferungen der NATO-Staaten an die Ukraine wächst die Gefahr einer Eskalation von Tag zu Tag“, schreiben die beiden in ihrer Einladung, und weiter: „Deutschland ist durch die Lieferung von schweren Waffen und Ausbildung des zugehörigen Personals inzwischen Konfliktpartei

geworden.“ Im Falle einer weiteren Eskalation stünde Deutschland im Zentrum nuklearer Angriffe, folgern sie. „Der für Rüstungstransporte strategische NATO- und Bundeswehr-Fliegerhorst Wunstorf, von dem im Konfliktfall auch Kampfflugzeuge starten werden, wäre sicherlich eines der ersten Ziele.“

Der Bundesregierung werfen sie gescheiterte Diplomatie und mangelnde Beiträge zur Eindämmung des Konflikts vor. „Gleichzeitig eskaliert sie den Wirtschaftskrieg gegen Russland mit gravierenden Konsequenzen für die soziale Situation vieler Menschen hierzulande.“ Grundnahrungsmittel würden

knapp, Heizung und Strom könnten nicht mehr bezahlt werden. „Die Bevölkerung soll – wie im Ersten und Zweiten Weltkrieg – den Preis für einen geostrategischen Krieg zwischen den Großmächten zahlen.“

Biederbeck, sonst eher ein sanfter Mann, wird angesichts der Kriegseskalation und der Gefahr, die er für die Welt und Region befürchtet, im Gespräch mehrfach laut und haut mit der Faust auf den Tisch. „Das treibt mich wirklich sehr um“, sagt er anschließend.

Brieden und Biederbeck sind seit vielen Jahren radikale Gegner von Krieg und Aufrüstung, haben schon

viele Aktionen und Demonstrationen zum Thema organisiert. Meist ging es rund um die Militärstützpunkte Fliegerhorst und Wilhelmstein-Kaserne – mal mit fast 4000 Teilnehmenden, mal stand Biederbeck ganz allein mit Protestschild vor dem Kasernentor. In der aktuellen Situation sei es ihnen wichtig, sich mit Öffentlichkeitsarbeit gegen Kriegspropaganda zu positionieren, die sie auch auf der Internetseite von Hubert Briedens Arbeitskreis Regionalgeschichte publizieren wollen.

Treffen am 20. Mai

Sie hoffen auf Mitstreiter, um Lösungsvorschläge zur Beendigung des Krieges zu erarbeiten. Mit Veranstaltungen wie Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Filmvorführungen wollen sie die Öffentlichkeit weiter sensibilisieren. Auch Künstlerisches gehört zu der Kampagne, die ihnen vorschwebt: Kunstaktionen im öffentlichen Raum, Musik, Theater. Sie wollen weiter recherchieren, und möglicherweise eine neue Großdemonstration am Fliegerhorst organisieren. Ein erstes Treffen der Initiative haben sie für Freitag, 20. Mai, 18.30 Uhr, im Ratskeller angesetzt. Alle Interessierten sind eingeladen dazuzukommen.



Pazifisten: Hubert Brieden (links) und Gerhard Biederbeck hoffen auf Gleichgesinnte.

FOTO: KATHRIN GÖTZE

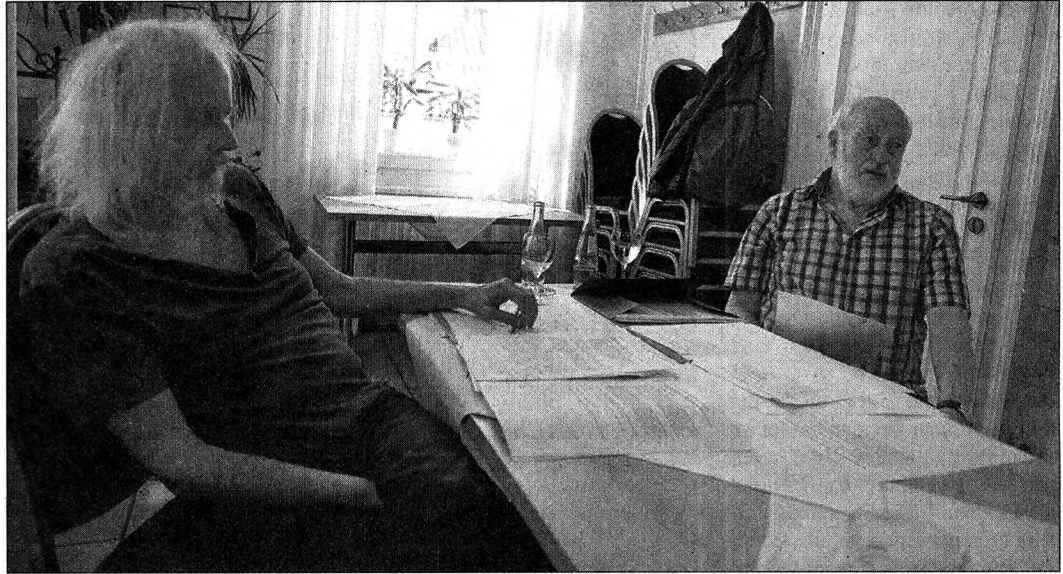
„Es geht um das Leben“ - Initiative gegen Krieg bildet sich

Friedensaktivisten: Der 3. Weltkrieg droht - Kirche lädt aus

Neustadt (os). „Wir sind schon im Krieg“, sagt Gerhard Biederbeck. Der seit Jahrzehnten als Friedensaktivist bekannte Neustädter fragt sich nicht allein, ob der 3. Weltkrieg und ein Atomkrieg noch zu verhindern sind. Durch den Fliegerhorst, aber auch die Wilhelmsteinkaserne sieht er das Neustädter Land als ein lokales Kriegsziel. Deshalb will er auch hier vor Ort Aktivitäten im größeren Rahmen starten - wie etwa bei einer Demonstration während des Golfkrieges mit 4.000 Menschen vor dem Fliegerhorst. „Das geht an meine Existenz - und die meiner Kinder und Enkelkinder“, macht er das Anliegen plakativ.

Gemeinsam mit Hubert Brieden vom Arbeitskreis Regionalgeschichte will er die „Neustädter Initiative gegen Krieg und Aufrüstung“ gründen. Erste Mitstreiter haben sich bereits gefunden. Am Freitag, 20. Mai, ab 18.30 Uhr sollen im Ratskeller weitere Aktivitäten geplant werden. Neben Demonstrationen wird etwa an Theater- oder Musikprojekte, Ausstellungen sowie eine Kooperation mit dem Filmclub für thematische Filme gedacht. Weitere Ideen sind gefragt.

Die Friedens-Aktivisten fordern diplomatische Lösungen, sehen die Bundesregierung dabei nach bisherigen Äußerungen aber nicht mehr als geeigneten Player. „Eine neutrale Institution ohne eigene Interessen“, hält Biederbeck für geeignet, kann sich auch eine „neutrale Zone“ im Bereich



Hubert Brieden (li.) und Gerhard Biederbeck wollen weitere Menschen für Friedensbemühungen aktivieren.
Foto: Seitz

Donbas mit russischem Zugang zum Schwarzen Meer und Sicherheitsgarantien beider Seiten vorstellen. Beide sehen Deutschland bereits als Kriegspartei. Brieden stützt das auf den wissenschaftlichen Dienst des Bundestages, der Waffenlieferung allein eindeutig nicht als Kriegseintritt sehe. Bei Ausbildung und Einweisung würde der gesicherte Bereich verlassen. Folge könnten für beide Angriffe - auch mit nuklearen Waffen - auf das Neustädter Land sein. Davor würden selbst Militärs warnen. „Von Neustadt bliebe nichts über“, so Brieden.

Biederbeck zitiert bei einem Pressesgespräch Papst Franziskus, der die Nato-Osterweiterung als mit-

schuldig am Krieg in der Ukraine bezeichnete. Bei der evangelischen Liebfrauen-Kirche stießen die Aktivisten allerdings auf Gegenwind. Nach einer ersten, drastisch formulierten Mitteilung der Initiatoren hatte Pastor Christoph Bruns die Zusage, den Termin im Gemeindehaus abhalten zu können, zurückgezogen. Für den Kirchenvorstand und ihn passen Schuldzuweisungen und Argumentation nicht, vor allem aber komme die Situation der Zivilbevölkerung in der Ukraine zu kurz.

In der Mitteilung - und das wiederholten die Initiatoren auch im Termin - war vom „Wirtschaftskrieg gegen Russland mit gravierenden Konsequenzen für die so-

ziale Situation vieler Menschen hierzulande“ die Rede. „Die Bevölkerung soll - wie im Ersten und Zweiten Weltkrieg - den Preis für einen geostrategischen Krieg zwischen den Großmächten zahlen“, heißt es weiter. Brieden sieht zudem eine „massive Verharmlosung“ und „einfach nur Kriegspropaganda“.

Top
Partner

Professionelle Ha...

Helfen Sie mit einen Krieg in Europa zu verhindern!

Wieder Krieg in Europa ?

Nicht in unserem Namen !

Der Aufruf im Wortlaut :

Niemand will Krieg. Aber Nordamerika, die europäische Union und Russland treiben unausweichlich auf ihn zu, wenn sie der unheilvollen Spirale aus Drohung und Gegendrohung nicht endlich Einhalt gebieten. Alle Europäer, Russland eingeschlossen, tragen gemeinsam die Verantwortung für Frieden und Sicherheit. Nur wer dieses Ziel nicht aus den Augen verliert vermeidet Irrwege.

Der Ukraine - Konflikt zeigt: Die Sucht nach Macht und Vorherrschaft ist nicht überwunden. 1990, am Ende des Kalten Krieges, durften wir alle darauf hoffen. Aber die Erfolge der Entspannungspolitik und der friedlichen Revolutionen haben uns schläfrig und unvorsichtig gemacht. In Ost und West gleichermaßen. Bei Amerikanern, Europäern und Russen ist der Leitgedanke, Krieg aus ihrem Verhältnis dauerhaft zu verbannen, verloren gegangen. Anders ist die für Russland bedrohlich wirkende Ausdehnung des Westens nach Osten ohne gleichzeitige Vertiefung der Zusammenarbeit mit Moskau, wie auch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Putin, nicht zu erklären.

In diesem Moment großer Gefahr für den Kontinent trägt Deutschland eine besondere Verantwortung für die Bewahrung des Friedens. Ohne die Versöhnungsbereitschaft der Menschen Russlands, ohne die Weitsicht von Michael Gorbatschow, ohne die Unterstützung unserer westlichen Verbündeten und ohne das umsichtige Verhalten der damaligen Bundesregierung wäre die Spaltung Europas nicht überwunden worden. Die deutsche Einheit friedlich zu ermöglichen, war eine große, von Vernunft geprägte Geste der Siegermächte. Eine Entscheidung von historischer Dimension. Aus der überwundenen Teilung sollte eine tragfähige europäische Friedens - und Sicherheitsordnung von Vancouver bis Wladiwostok erwachsen, wie sie von allen 35 Staats- und Regierungschefs der KSZE- Mitgliedsstaaten im November 1990 in der „Pariser Charta für ein neues Europa“ vereinbart worden war. Auf der Grundlage gemeinsam festgelegter Prinzipien und erster konkreter Maßnahmen sollte ein „Gemeinsames Europäisches Haus“ errichtet werden, in dem alle beteiligten Staaten gleiche Sicherheit erfahren sollten. Dieses Ziel der Nachkriegspolitik ist bis heute nicht eingelöst. Die Menschen in Europa müssen wieder Angst haben.

Wir, die Unterzeichner, appellieren an die Bundesregierung, ihrer Verantwortung für den Frieden in Europa gerecht zu werden. Wir brauchen eine neue Entspannungspolitik für Europa. Das geht nur auf der Grundlage gleicher Sicherheit für alle und mit gleichberechtigten, gegenseitig geachteten Partnern. Die deutsche Regierung geht keinen Sonderweg, wenn sie in dieser verfahrenen Situation auch weiterhin zur Besonnenheit und zum Dialog mit Russland aufruft. Das Sicherheitsbedürfnis der Russen ist so legitim und ausgeprägt wie das der Deutschen, der Polen, der Balten und der Ukrainer.

Wir dürfen Russland nicht aus Europa hinausdrängen. Das wäre unhistorisch, unvernünftig und gefährlich für den Frieden. Seit dem Wiener Kongress 1814 gehört Russland zu den anerkannten Gestaltungsmächten Europas. Alle die versucht haben, das gewaltsam zu ändern, sind blutig gescheitert – zuletzt das großwahnwitzige Hitler-Deutschland das 1941 mordend auszog, auch Russland zu unterwerfen.

Wir appellieren an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, als vom Volk beauftragte Politiker, dem Ernst der Situation gerecht zu werden und aufmerksam auch über die Friedenspflicht der Bundesregierung zu wachen. Wer nur Feindbilder aufbaut und mit einseitigen Schuldzuweisungen hantiert, verschärft die Spannungen in einer Zeit, in der die Signale auf Entspannung stehen müssten. Einbinden statt ausschließen muss das Leitmotiv deutscher Politiker sein.

Wir appellieren an die Medien, ihrer Pflicht zur vorurteilsfreien Berichterstattung überzeugender nachzukommen als bisher. Leitartikel und Kommentatoren dämonisieren ganze Völker, ohne deren Geschichte ausreichend zu würdigen. Jeder außenpolitisch versierte Journalist wird die Furcht der Russen verstehen, seit NATO-Mitglieder 2008 Georgien und die Ukraine einluden, Mitglieder im Bündnis zu werden. Es geht nicht um Putin. Staatenlenker kommen und gehen. Es geht um Europa. Es geht darum, den Menschen wieder die Angst vor Krieg zu nehmen. Dazu kann eine verantwortungsvolle, auf soliden Recherchen basierende Berichterstattung eine Menge beitragen.

Am 3. Oktober 1990, am Tag der Deutschen Einheit, sagte Bundespräsident Richard von Weizsäcker: „Der Kalte Krieg ist überwunden. Freiheit und Demokratie haben sich bald in allen Staaten durchgesetzt. ... Nun können sie Ihre Beziehungen so verdichten und institutionell absichern, dass daraus erstmals eine gemeinsame Lebens- und Friedensordnung werden kann. Für die Völker Europas beginnt damit ein grundlegend neues Kapitel in ihrer Geschichte. Sein Ziel ist eine gesamteuropäische Einigung. Es ist ein gewaltiges Ziel. Wir können es erreichen, aber wir können es auch verfehlen. Wir stehen vor der klaren Alternative, Europa zu einigen oder gemäß leidvollen historischen Beispielen wieder in nationalistische Gegensätze zurückzufallen. **Bis zum Ukraine-Konflikt wähten wir uns in Europa auf dem richtigen Weg. Richard von Weizsäckers Mahnung ist heute, ein Vierteljahrhundert später, aktueller denn je.**

Mit diesem Aufruf warnen prominente Persönlichkeiten dringend vor einem Krieg mit Russland :

Dr. Roman Herzog,(Bundespräsident a.D.), Dr. Dr. h.c. Burkhard Hirsch (Bundestagsvizepräsident a.D.), Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin (Justizministerin a.D.), Eberhard Diepgen (Reg. Bürgermeister Berlin a.D.), Klaus v. Dohnanyi (1. Bürgermeister Hamburg a.D.), Dr. Hans-Jochen Vogel (Justizminister a.D.), Prof. Dr. h.c. Horst Teltschik (Bundeskanzler Berater für Sicherheit u. Außenpolitik), Gerhard Schröder (Bundeskanzler a.D.), Dr. Antje Vollmer (Vizepräsidentin d. Bundestages a.D.) Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz (Korrespondentin) Prof. Dr. Dr. h.c. Margot Käßmann (ehem. Bischöfin) Pater Anselm Grün, Dr. Ulrich von Weizsäcker (Wissenschaftler) und weitere.

Quelle: www.zeit.de/politik/2014-12/aufruf-russland-dialog

eu 15.04.2015

„Von Deutschland bleibt nichts übrig im Falle eines NATO-Krieges mit Russland“

So warnt auch der langjährige Bundestagsabgeordnete / verteidigungspolitische Sprecher der CDU, Staatssekretär und stellv. Vorsitzender der OSZE Willy Wimmer am 18. Dez. 2014. Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=gx09hGW5sD0>

**Bitte ignorieren Sie alle diese Warnungen nicht und lassen Sie Taten folgen!
Jede Destabilisierung Osteuropas muss unbedingt verhindert werden.**

Es gibt 2015 für Deutschland nur ein wirklich wichtiges Thema: Ein schneller Austritt aus der NATO, wenn keine Korrektur der „Osterweiterung“ erfolgt und wir einen Krieg mit Russland vermeiden wollen.

Schon Frankreich trat 1966 aus Protest gegen die Politik der USA aus der NATO aus und wurde erst 2009 unter dem konservativen Präsidenten Sarkozy wieder Mitglied.

"Dabei hätte der Befehl des NATO-Oberkommandierenden Clark im Juni 1999 im Kosovo, russische Truppen anzugreifen, schon einen Nato-Austritt aller Europäer zur Folge haben müssen. Denn nur durch die damalige Befehlsverweigerung des britischen Generals Jackson ist wahrscheinlich ein großer Krieg in Europa vermieden worden."

Gegenwärtig **wird ein warnender Aufruf** von Ex-Bundespräsident Herzog, Ex-Bundeskanzler Schröder (der Deutschland, gegenüber der Auffassung von Frau Merkel, vor einer Beteiligung am Irak-Krieg gewarnt hat) und vielen anderen hochrangigen Politikern und Bürgern von „unserer“ freien Presse weitestgehend unterschlagen. Auf diese Weise unterstützt man so die „Sanktionspolitik“ der USA gegen Russland, vor der diese **erfahrenen Persönlichkeiten** aber zu Recht dringend warnen. Wir werden uns darum als Friedensinitiative bemühen der Methode des Totschweigens durch die Medien mit einer weiten **Verbreitung dieses Aufrufs** zu begegnen, um eine Diskussion darüber herbei zu führen.

Denn z.B. erhielt die Ukraine am 07.01.2015 von Deutschland eine weitere Kreditbürgschaft über 500 Mio. € zum Wiederaufbau des Landes. Obwohl sie bereits am 23.12.2014 ihren „**Blockfreien-Status**“ aufhob, um der NATO beitreten zu können und am 15.01.2015 sogar die Teilmobilmachung der Armee beschloss. Der ukrainische Staatspräsident Poroschenko wirbt für einen totalen Krieg gegen Russland, was mit dem deutschen oder europäischen Interesse am Frieden in Europa **völlig unvereinbar** ist.

Deutschland darf finanzielle Hilfen nur bei völligem Gewaltverzicht leisten und muss vorrangig die Ursachen für Armutswanderungen aus Osteuropa überwinden helfen.

Die 75 % der deutschen Bevölkerung, die lt. Umfragen keine Kriegseinsätze mehr wollen und auch Sanktionen gegen Russland ablehnen, werden sich darum um die Folgen der NATO-Aktivitäten der letzten Jahrzehnte kümmern müssen, die eine **existenzielle Bedrohung Europas durch Krieg** ausgelöst haben.

Solange EU und NATO russische Sicherheitsinteressen in Osteuropa ignorieren, wird es auch eine Unterstützung ukrainischer Separatisten durch Russland geben. Und nur die Rückkehr zum Blockfreien-Status der Ukraine und eine entmilitarisierte Zone in Europa zwischen den vermeintlichen Hegemonialmächten mit UNO-Beteiligung wird einen Interessenausgleich der Kriegsparteien herbeiführen können.

Unterstützer_innenunterschriften bitte zurücksenden an:

Initiative: **Kein Militär mehr!** - Leinaustraße 3 D-30451 Hannover - libertom@htp-tel.de

Initiative: **Bündnis für die Zukunft** - Lindenbergsstraße 15 D-51674 Wiehl

Westfälische Friedensinitiative - Postfach 1114 D-49549 Ladbergen

Friedensgesellschaft Münster DFG-VK - Achtermannstraße 10-12 D-48143 Münster

Würselener Initiative für den Frieden - Rosengarten 11 D-52146 Würselen

Kein Krieg in unserem Namen, für einen sofortigen NATO-Austritt! Name u. Ort werden veröffentlicht

Name/Unterschrift

Anschrift

E-Mail, wenn Infos erwünscht

Bitte helfen Sie mit diese Information zu verbreiten !

Unterstützerkonto: Bündnis für die Zukunft - IBAN DE21 2599 0011 1000 5102 01 (V.i.S.d.P.: Thomas Bauer)